

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin beschließt:

Resolution:

Die Stadt Sankt Augustin fordert gemeinsam mit den anderen potentiell betroffenen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sowie den kommunalen Spitzenverbänden die zuständigen Stellen dazu auf,

- 1) das bei der Erdgasförderung umstrittene Frac.-Verfahren bis auf Weiteres zu verbieten,
- 2) eine Änderung des Bergrechts dahingehend anzustreben, dass zukünftig bei allen bergrechtlichen Verfahren, beginnend bereits mit der Aufsuchungserlaubnis,
 - a) die Kommunen sowie die Wasserversorgungsunternehmen als Träger öffentlicher Belange beteiligt werden,
 - b) eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet wird, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe beinhaltet
sowie
 - c) eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen ist,
- 3) Erkundungsbohrungen und Frackingmethoden mit ausgereifterem technischem Vorgehen als bisher gängig auch in Zukunft in allen sensiblen Gebieten (insbesondere Wasserschutz-zonen und Gebieten mit ungünstigen geologischen und hydrogeologischen Bedingungen) zu verbieten.